

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Druckanstalt
Lagerhaus
Herrnstr. 22.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektors Meissen behördlich festgesetzte Blatt.

Postfachkonto:
Kreuzen 1380.
Zirkular:
Rieser Nr. 52.

Nr. 262.

Montag, 10. November 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Abgabe von Bestellungen auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Der Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie.

Dreiprozentige Lohnkürzung.

Berlin, 10. November.

Das unter dem Vorsitz des ehemaligen Reichsarbeitsministers Brauns stehende Schiedsgericht, das auf Grund des bekannten Übereinstimmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Berliner Metallindustrie mit der Schlichtung des Arbeitskonfliktes beauftragt worden war, hat am Sonnabend nach vielstündiger Sitzung folgenden, nun für beide Parteien verbindlichen Schiedspruch gefällt:

1. Der zur Zeit geltende Lohnsatz bleibt bis zum 16. November 1930 vollständig in Kraft.
2. Die bisherigen Tarifminderlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um drei Prozent gekürzt.
3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifminderlöhne um weitere drei Prozent für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere fünf Prozent für alle übrigen Gruppen.
4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmals zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Die Begründung

Die Berliner Metallindustrie befindet sich, ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft, in einer schweren Krise. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland auf drei Millionen angewachsen und droht noch weiter zu wachsen. Daß diese Krise auch weltwirtschaftlichen Charakter hat, befreit das deutsche Volk nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß die Not nicht steigt, und alles zu tun, was eine Besserung erwarten läßt.

Dazu bedarf es wirksamer Preisentfaltungen auf allen Gebieten. Wenn diese auch nicht allein von der Lohnseite her erfolgen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaft, daß an ihnen nicht vorbeigegangen werden kann.

Von einer Lohnsenkung kann allerdings die wünschenswerte Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gekürzt wird. Die Schlichter haben deshalb erwogen, ob nicht die Lohnsenkung in eine feste Beziehung zur Entwicklung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, gebracht werden könnte. Die Verwirklichung dieses Gedankens scheiterte indes an der Unmöglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchführung.

Wenngleich wohl die Schlichter im vorliegenden Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedspruch für unvermeidlich hielten, so geschah das in Kenntnis gewisser bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und in der sicheren Erwartung, daß die allgemeine Herabsetzung der Preise, der gewerblichen Produkte wie auch der Lebensmittel, von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird. Dabei kommt es darauf an, daß diese Preisentfaltung bis zum letzten Konsumenten durchzieht. In den Schlichtungsverhandlungen erklärten die Vertreter der Berliner Metallindustrie, daß eine erhebliche Senkung der Preise ihrer Produkte bereits erfolgt sei und weitere Senkung bevorstehe.

Was das Ausmaß der Lohnkürzung anbetrifft, so haben die Schlichter erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelpreise sich erst auswirken beginnt und daß der Arbeiterlohn sich erst allmählich wieder auf die Höhe der Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen. Mit dieser Abweichung haben sich die Schlichter Inhalt und Begründung des ersten Schiedspruches zu eigen gemacht.

Die Schlichter sind sich bemüht, daß ihr Schiedspruch eine über die Beflegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten dieses Schiedspruches schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der dargelegten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein.

300 Bauern von OSU-Deuten niedergemetelt?

Warschau. Die „Gprah Voranny“ aus Wilna meldet, haben zwei aus Rußland nach Polen geflüchtete Bauern berichtet, daß 300 Bauern aus Wilna, die sich der Kollektivierung widersetzen und die Mitglieder einer bolschewistischen Strafexpedition getötet hätten, auf der Flucht nach Polen nicht an der Grenze von einer OSU-Abteilung eingeholt, umgebracht und niedergemetelt worden seien. Nur die zwei Bauern hätten sich retten und die polnische Grenze überschreiten können.

Eine Bekämpfung dieser Meldung aus anderer Quelle liegt noch nicht vor.

Das Ergebnis der österreichischen Nationalratswahlen.

Wien. (Funkpruch.) Das Endergebnis der gestern stattgefundenen Nationalratswahlen stellt sich folgendermaßen dar: Die Sozialdemokraten erhalten 72 (71) Mandate, die Christlichsozialen 66 (73), der Nationale Wirtschaftsbund und Landbund, der die frühere Großdeutsche Partei und den Landbund umfaßt, 19 (12 und 9) Mandate und der Heimatblock, der früher keinen Kandidaten aufgestellt hatte, 8 Mandate.

Wien. (Funkpruch.) Nach Berechnungen der Hauptwahlbehörde verteilen sich unter Einrechnung der Reststimmen die Mandate im Wahlkreisverband Wien folgendenmaßen: Sozialdemokraten 80 (+ 1), Christlichsozialer 11 (- 3), Nationaler Wirtschaftsbund und Landbund 4 (+ 2).

Sozialistische Gewinne bei den österreichischen Wahlen.

Wien. (Funkpruch.) Ein Vergleich der Gesamtwahlresultate der österreichischen Wahlen mit denen der letzten Wahlen ergibt: Insgesamt wurden sozialistische Stimmen abgegeben 1 828 070 gegenüber rund 1 550 000 im Jahre 1927; bäuerliche Stimmen 1 645 881 gegenüber rund 1 980 000 im Jahre 1927. Das ergibt für die Sozialisten eine Zunahme von etwa 73 000, für die Bürgerlichen eine Abnahme von etwa 335 000 Stimmen. Die starke Abnahme der bürgerlichen Stimmen wird mit der geringeren Wahlbeteiligung und der größeren Anzahl ungültiger Stimmen erklärt.

Endgültige Wahlsitzern in zwei Tagen.

Wien. (Funkpruch.) In maßgebenden parlamentarischen Kreisen verläuft über den weiteren Fortgang nach den vollzogenen Nationalratswahlen folgendes: Es wird noch etwa zwei Tage dauern, bis über die endgültigen Wahlsitzern und die Aufteilung der Reststimmen-Mandate Sicherheit besteht. Inzwischen werden Vorbereitungen für die Einberufung des Nationalrates getroffen, wofür eben die Voraustragung ist, daß sich die parlamentarischen Parteien bis dahin endgültig konstituieren und ihre Entschlüsse gefaßt haben. Nach der Verfassung und der Geschäftsordnung ist vorher weder eine Vorberufung der Regierung noch die Vorlage eines Regierungsentwurfes oder die Unterbreitung eines Initiativantrages möglich. Nach Konstituierung des Nationalrates wird sich die Regierung im neuen Haus vorstellen, aber es ist selbstverständlich, daß vorher schon Klarheit geschaffen wird, welche Aufgaben die gegenwärtige Regierung durchzuführen soll oder ob irgendeine Umbildung bevorsteht. Es ist zu entnehmen, daß alle diese Vorgänge sich rasch vollziehen.

Ruhiger Verlauf der Wahlen in Wien.

Wien, 9. November. Die Nationalratswahlen, die um 5 Uhr nachmittags abgeschlossen wurden, sind hier bei sehr starker Beteiligung der über 1,4 Millionen Wahlberechtigten, besonders auch der Frauen, in vollkommener Ruhe vor sich gegangen. Hierzu dürfte wesentlich das schon gestern mittig in Kraft getretene und bis morgen früh anhaltende Wetterschloß beigetragen haben, das zahlreiche Gastwirte veranlaßt, ihre Betriebe heute überhaupt zu schließen. Auf den Straßen sah man ständige Bewegung, ein fortdauerndes Kommen und Gehen der Wahlberechtigten, die sich der Bedeutung ihrer Aufgabe voll bewußt schienen, wobei vom Aufreizertum ebensowenig zu bemerken war wie vom Schleiherwesen. Auch Polizei war nicht mehr als allmählich in den Straßen zu sehen. Hier und da soll mit Wahlzetteln, die bereits in Wahlumhüllungen enthalten waren, Schwindel versucht worden sein.

Die Tabaksteuernovelle.

Wien. Zur Begründung der Tabaksteuernovelle, die gegenwärtig dem Reichsrat vorliegt, führt die Reichsregierung aus, im Hinblick auf die Größe des in Frage kommenden finanziellen Bedarfs und bei Berücksichtigung der Höhe der schon vorhandenen steuerlichen Belastung des Tabak, andererseits empfehle sich ein Ausbau des Besteuerungssystems dergestalt, daß nach dem Vorgang anderer Länder die zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe einer besonderen steuerlichen Belastung unterworfen werden. Eine solche Rohstoffbelastung gebe es zurzeit für die Zigaretten-, Rauch-, Rau- und Schnupftabakherstellung verwendeten Tabakmengen noch nicht, während sie für den zur Zigarettenherstellung verwendeten Tabak in Gestalt der Materialsteuer bereits besteht und sich ebenfalls gut auswirkt habe. Die Erhebung dieser Rohstoffsteuer sollte zugleich mit dem Zoll erfolgen, was praktisch eine Zoll-erhöhung bedeutet. Dieses vereinfachte Verfahren liege sowohl im Interesse des Fiskus wie des Gewerbes. Da die Zoll-erhöhung in einer mehrfachen der geltenden Zollhöhe bestehen müsse, werde angeht die eintretenden Preissteigerungen für Auslandstabak sich die Nachfrage nach dem billigeren Inlandstabak so steigern, daß sich bei Abzug der gütigen Zölle für den Exporter vollziehen würde, so daß

Wiedergewählte Parlamentarier.

Wien. Von bekannten christlichsozialen Nationalräten sind bisher wiedergewählt: Bundeskanzler Raugoin, Außenminister Seipel, Unterrichtsminister Schmis, Handelsminister Seini, Landesoberhauptmann von Niederösterreich, Buresch, und die Nationalräte Dr. Stenböck, Dr. Runkel und Dregel; von Sozialdemokraten Bürgermeister Seib, Otto Bauer, Julius Deutsch, Glöckel, Danneberg und Deutschner. — Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Schober ist mehrfach wiedergewählt.

Der neue steirische Landtag

Wien. Wie aus Graz gemeldet wird, folgendermaßen zusammengefaßt: Christlichsozialer 17 (1927 17), Sozialdemokraten 17 (21), Nat. Wirtschaftsbund u. Landbund 8 (Landbund 9), Heimatblock 6.

Wien. (Funkpruch.) Von den Parteien, welche Mandate erhielten, entfielen auf die Nationalsozialisten in ganz Österreich 99 356, auf die Kommunisten 20 681, auf die Österreichische Volkspartei 14 857, auf die Demokratische Mittelpartei 6719, auf die Österreichische Volkspartei 175 und auf die Nationaldemokraten 54 Stimmen. Insgesamt beträgt die Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen 1 828 070 Stimmen, die der bürgerlichen Parteien und der Nationalsozialisten 1 645 881; in Wien betrug die Zahl der abgegebenen nationalsozialistischen Stimmen 23 938, der kommunistischen Stimmen 10 591.

Das voraussichtliche Wahlergebnis in Wien.

Wien. Nach den vorläufigen Schätzungen verteilen sich die Mandate in den 7 Wiener Wahlkreisen wie folgt: Wahlkreis I: Sozialdemokraten 8, Christlichsozialer 2, Heimatblock 1; Wahlkreis II: Sozialdemokraten 2, Christlichsozialer 1, 1 Reststimmenmandat; Wahlkreis III: 3 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer, 1 Reststimmenmandat; Wahlkreis IV: 6 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer, 1 Reststimmenmandat; Wahlkreis V: 5 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer, 1 Reststimmenmandat; Wahlkreis VI: 4 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer, 2 Reststimmenmandate; Wahlkreis VII: 5 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer, 2 Reststimmenmandate.

Das Wahlergebnis von Tirol.

Wien. Aus Tirol liegt folgendes Ergebnis der Nationalratswahlen vor: Es waren dort 8 Mandate zu besetzen. Davon erhielten die Christlich-Sozialen 4, bisher 5, der Heimatblock 1, die Sozialdemokraten übrigen 1 bis 2 Mandate erhalten. 1 bis 2 Mandate werden noch im Reststimmenverfahren vergeben. Der 2. Bundesführer der Heimwehren, Dr. Steidle, der an der Spitze des Heimatblockes kandidierte, ist nicht gewählt worden.

Die Wahlen zum burgenländischen Landtag.

Eisenstadt. (Funkpruch.) Die gestrigen Wahlen zum burgenländischen Landtag brachten folgendes Ergebnis: 14 Christlichsozialer, 19 Sozialdemokraten, 5 Kandidaten Heimatblock. Gegenüber der letzten Zusammenfassung ist die Lage insofern unverändert, als die früheren Landtagsmitglieder jetzt dem Heimatblock angehören.

Gegen die Tabaksteuerrhöhung.

Wien. Im Österreichischen Landtag ist eine kleine Anfrage (Antrag) eingegangen, in der das Staatsministerium gefragt wird, ob es bereit sei, unverzüglich seinen ganzen Einfluß auf die Reichsregierung geltend zu machen, daß von der geplanten nochmaligen Tabaksteuerrhöhung Abstand genommen werde, und die Stimmen des Reichsrats gegen die Tabaksteuerrhöhung abzugeben. In der Begründung wird darauf verwiesen, daß eine weitere Besteuerung der Zigaretten um etwa 30 bis 50 Prozent den Untergang des größten Teiles der Tabakwarenwirtschaft zur Folge haben würde.